

18.09.2023

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

1000-Meter-Abstände beim Windkraftausbau weiter in Kraft: Wie stellt die Landesregierung eine tatsächliche Abschaffung zur Beschleunigung des Windausbaus sicher?

Am 17.09.2023 berichtete der WDR online¹ „Wie die Bezirksregierungen die Windkraft ausbremsen könnten“ und beruft sich dabei auf den Regionalplanentwurf des Regierungsbezirks Arnsberg. Hier werde ein Mindestabstand von 440 Metern „zu touristisch bedeutenden Seen und Wanderwegen“ geplant. Vor allem aber seien weiterhin 1000 Meter Abstand zur Wohnbebauung vorgesehen.

Diesen pauschalen Mindestabstand hatte der Landtag von Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen vor weniger als einem Monat am 25. August 2023 in namentlicher Abstimmung final abgeschafft, um den Ausbau der Windkraft zu beschleunigen und für Rechtssicherheit zu sorgen.²

Währenddessen setzen sich laut besagtem WDR-Bericht die Grünen im Regionalrat Arnsberg mit der Begründung des Anwohnerschutzes für die Beibehaltung der starren Regeln ein. So droht die Region ihr Flächenziel von 2,13 Prozent für Windkraft zu verfehlen. Dass auch die CDU auf regionaler und lokaler Ebene die Pläne ihrer Landtagsfraktion nicht teilt, zeigte sich etwa im Regierungsbezirk Detmold im Kreis Paderborn.³

Diese Entwicklungen zeigen, dass das von der Landesregierung vorgesehene und vielgelobte Verfahren zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans mit gleichzeitiger Erstellung der Regionalpläne und zum Ziel der Beförderung der Windkraft in seiner Parallelität gescheitert ist. Angesichts dieser Widerstände gibt sich die Ministerin im WDR-Bericht konsterniert und scheint aufgegeben zu haben: „Ich kenne den Entwurf des Regionalrats nicht. Liegt mir nicht vor. [...] Diejenigen, die sagen, alles bleibt wie es ist, die müssen dann auch dem Mittelstand im Sauerland beantworten, wo die günstige Energie herkommen soll.“ Eine solche Aussage wird der Verantwortung einer Ministerin für das Planungsverfahren, den Windkraftausbau und die Sicherstellung der Energieversorgungssicherheit nicht gerecht.

¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/windkraft-bezirksregierungen-eigene-vorschriften-100.html>

² vgl. Beschlussprotokoll der 41. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMPB18-41.pdf>

³ https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23617447_Widerstand-in-OWL-gegen-NRW-Windkraftplaene.html

Daher ist gegenüber dem Landtag in einer Aktuellen Stunde darzulegen, wie die Landesregierung das Gesetz der Abschaffung der Mindestabstände in der Fläche durchzusetzen, die Regionalplanungsverfahren in Einklang mit dem in Arbeit befindlichen Landesentwicklungsplan zu bringen und den Ausbau der Windkraft endlich rechtssicher zu beschleunigen gedenkt.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Alexander Vogt
André Stinka

und Fraktion